

«Mehr Freiheit für die Basis»

Kirchgemeinderatspräsident Hans von Rütte zu den Plänen für eine gesamtstädtische Kirchengemeinde:

Am 20. August stimmen die Stadtberner Reformierten darüber ab, ob ihre jeweilige Kirchengemeinde auf den Fusionsprozess zu einer einzigen gesamtstädtischen Kirchengemeinde einsteigen wollen. Was steckt hinter dieser Absicht?

Hans von Rütte: Wir haben heute in der Stadt Bern zwölf selbständige Kirchengemeinden. Es sind dies kleinräumige Strukturen. Die Mitgliederzahlen nehmen langfristig ab. Einige unter ihnen haben heute schon Schwierigkeiten, die Selbstverwaltung wahrzunehmen. Dazu kommt, es gibt zu viele unternutzte Kirchen und Kirchengemeindehäuser. Die finanzielle Belastung wird zu schwer.

Andererseits: Die zwölf Kirchengemeinden sind zwar sehr gut verankert in ihren Quartieren, aber stadtweit ist die Kirche zu wenig als Ganzes präsent. Es braucht mehr Sichtbarkeit. Die heutige Gesamtkirchengemeinde ist nicht viel mehr als ein Ausschuss zur Verwaltung von Finanzen, Personal und Liegenschaften. Nicht zuletzt: Die Quartierkirchengemeinden sprechen die gut integrierten Quartierbewohner an. Viele Kirchenmitglieder jedoch leben ohne viel Quartierverbundenheit in dieser Stadt. Aber an kirchlichen Angeboten sind sie durchaus interessiert. Wir dürfen sie nicht aus den Augen verlieren.

Was wären die Vorteile einer Fusion für unsere Kirchengemeinde?

Hans von Rütte: Das Konzept setzt auf zwei Ebenen an. Auf gesamtstädtischer Ebene soll die neue Kirchengemeinde Bern geschaffen werden, auf Quartierebene sollen grössere Kirchenkreise entstehen. Der künftige Kirchenkreis in Berns Osten ist dabei ungefähr deckungsgleich mit dem Stadtteil 4 gedacht, sofern alle drei Kirchengemeinden Münster, Petrus und Nydegg sich tatsächlich für den Zusammenschluss entscheiden. Das wird zum Beispiel beim kirchlichen Unterricht (KUW) von Vorteil sein. Die Pfarrer und Mitarbeitenden werden zahlreicher, was mehr Vielfalt verspricht. Verwaltungsgeschäfte werden weniger Kräfte absorbieren. Der Kreis wird keine selbständige Körperschaft nach kantonalem Gemeindegesezt mehr sein, sondern eine offenere Organisation, wovon ich mir lockerere und flexiblere Formen der Kooperation verspreche.

Die Vorteile zeigen sich aber auch als Stärkung durch die Umwandlung der bisherigen Gesamtkirchengemeinde in eine vollwertige Kirchengemeinde, die sich professioneller führen lässt. Die Zahl der Gremien wird kleiner, die Organisation schlanker, die Zuständigkeiten werden eindeutiger und klarer. Das wird Freiraum für die kirchliche Arbeit an der Basis schaffen und, so hoffe ich, Entwicklungen und Veränderungen erleichtern. Noch wichtiger aber: Kirchliche Aktivitäten, die sich nicht ausschliesslich an eine Quartierbevölkerung richten, sondern sich quartierübergreifend auf das ganze Stadtpublikum ausrichten, erhalten angemessenere Trägerstrukturen.

Was sind die Nachteile?

Hans von Rütte: Die Kirchengemeinde Nydegg wird verschwinden – nicht die Kirche Nydegg zwar, die wird bleiben. Aber die vertrauten Strukturen gehen in eine grössere Organisation auf. Das wird für viele gewöhnungsbedürftig sein, insbesondere auch für die Freiwilligen und die Mitarbeitenden.

Die Nähe der Kirche zu den Menschen darf nicht verloren gehen. Seelsorge braucht Vertrautheit und bedarf des Vertrauens. Die meisten sozialdiakonischen Angebote finden im

sogenannten Nahbereich statt, man denke beispielsweise an die Altersarbeit. Die in diesen Feldern tätigen Mitarbeitenden sollen «ihr» Quartier und «ihre» Leute kennen, und umgekehrt, die Quartierbewohner müssen ihre Sozialdiakoninnen und Sozialdiakone und ihre Pfarrerinnen und Pfarrer persönlich ansprechen können.

Wie geht es nach der Abstimmung weiter?

Der Grosse Kirchgemeinderat hat das Konzept zur Realisierung einer Kirchgemeinde gutgeheissen, mit welchem die künftige Kirchgemeinde Bern und die sechs Kirchenkreise in ihren Grundzügen skizziert sind. Am 20. August 2017 wird jede der zwölf heutigen Kirchgemeinden darüber befinden, ob sie auf dieses Konzept eintreten will. Sofern mindestens neun von ihnen zustimmen, beginnt unmittelbar danach ein langer Verhandlungsprozess. Es müssen erstens auf gesamtstädtischer Ebene die Grundlagen der neuen Kirchgemeinde mit ihrer Organisation und Zuständigkeiten ausgearbeitet, die Stellung der Mitarbeitenden definiert, Vermögensfragen gelöst und die personalrechtlichen Verhältnisse geregelt werden. Zweitens müssen die bisherigen Quartierkirchgemeinden die Fusionsverhandlungen mit den benachbarten Kirchgemeinden aufnehmen. Die Kirchgemeinde Nydegg wird das Gespräch mit den Kirchgemeinden Petrus und Münster suchen. Dabei spielt insbesondere die Frage eine grosse Rolle, welche Liegenschaften, also Kirchen und Kirchgemeindehäuser im neu zu bildenden Kreis weiter genutzt werden sollen. Am Ende des Verhandlungsprozesses stehen ein Fusionsvertrag und ein Organisationsreglement, über welche gesamtstädtisch an der Urne abgestimmt wird. Parallel dazu wird jede einzelne Kirchgemeinde in einer Kirchgemeindeversammlung entscheiden, ob sie die Fusion vollziehen will. Damit beschliesst sie zugleich über ihre eigene Auflösung.

Man rechnet, dass der Abschluss des langen Prozesses nicht vor Ende 2019 oder 2020 erreicht werden kann, und das auch nur, wenn nicht grössere Komplikationen den Prozess noch verlängern.

Und wenn einzelne Kirchgemeinden am 20. August nicht eintreten wollen?

Dann bleibt diese Kirchgemeinde von den Verhandlungen ausgeschlossen und kann folglich die neue Organisation nicht mitgestalten und mitbestimmen. Sie kann aber am Ende des Prozesses wieder einsteigen und, wie die anderen, über den ausgehandelten Fusionsvertrag beschliessen. Wenn sie die Fusion immer noch ablehnt, dann muss sie vorbereitet sein, sich als nunmehr ganz selbständige Kirchgemeinde mit eigenem Personal und Vermögen zu organisieren. Sie muss ihre Steuereinkünfte sichern und ihre Liegenschaften selber verwalten. Parallel zum Fusionsprozess wird deshalb die Gesamtkirchgemeinde vorrechnen müssen, welche Vermögensanteile, welche Liegenschaften und welche Personalstellenprozente an die selbständig bleiben wollende Kirchgemeinde übergehen. Meine Sorge ist, dass sich die Kirchenmitglieder zu wenig Rechenschaft darüber geben, dass die Verhältnisse nicht so bleiben können, wie sie bisher gewesen sind – so oder so, ob sie nun in die Fusion einwilligen oder ob sie draussen bleiben wollen. Letztere Option, so scheint mir, ist der schwierigere und ungewissere Weg in die Zukunft.

Noch Fragen? Am 1. Juni um 19.30 findet im Kirchgemeindehaus Schosshalde ein Informationsanlass statt. Mitglieder des Kirchgemeinderats werden das Projekt vorstellen und Fragen beantworten. Anschliessend Aperó.